



SYRISCHE FLÜCHTLINGE
AUF SIZILIEN.

Menschenschmuggel und Waffenhandel

— Was Waffenexporte und Militarisierung anrichten, kann humanitäre Hilfe nicht wieder gut machen —

Das Grenzgebiet Syriens zu den Nachbarländern Nordirak, Türkei, Libanon, Jordanien ist mit überfüllten Flüchtlingslagern bedeckt. Mädchen- und Frauenhandel, häusliche Gewalt sind ebenso dokumentiert wie Kriminalität, Korruption und das Rekrutieren von Kämpfern. Die werden – vor allem in Jordanien und in der Türkei – durch Ausbilder aus den Staaten der „Freunde Syriens“ – trainiert und bewaffnet und in den Krieg nach Syrien entlassen. Insbesondere die Grenze in die Türkei ist ein Eldorado von Schmugglern, die doppelt Geschäfte machen: Sie schmuggeln gegen Geld Flüchtlinge aus Syrien heraus und verdienen an dem Weitertransport nach Europa und am Verkauf falscher Visa und Pässe. Umgekehrt schmuggeln sie Waffen und Kämpfer, Gebrauchsgüter, Medikamente und Kommunikationstechnologien nach Syrien hinein. Die gut ausgebildete Jugend verlässt Syrien und fehlt dem Land. Christen, die seit mehr als 2.000 Jahren in der Region leben, fliehen.

Für mehr Freiheiten und größere wirtschaftliche Teilhabe zogen Ende 2010 und 2011 junge Leute in Kairo, Damaskus, Bagdad und anderen Städten der arabischen Welt auf die Straße. Sie wollten ihr Land verändern, nicht zerstören. Die Proteste setzten eine Kettenreaktion in Gang, in der das Geflecht gesellschaftlicher Bündnisse in den betroffenen Staaten durch regionale und internationale Interventionen destabilisiert wurde. Die tolerante Gesellschaft in Ländern des „Fruchtbaren Halbmondes“ (Irak, Syrien, Libanon, Palästina) wird heute von der dogmatischen, vom sunnitischen Wahhabismus geprägten Ideologie bedroht.

Besonders deutlich wird das bei den Truppen des „Islamischen Staats im Irak und in der Levante“ (ISIL), heute IS, deren Verständnis vom gesellschaftlichen Zusammenleben in vielen Bereichen den in Saudi-Arabien herrschenden Zuständen entspricht: Intoleranz gegenüber Andersgläubigen, Anwendung des islamischen Gesetzes, der Scharia, bis hin zur Praxis der Enthauptung.

Die autoritären Golfmonarchien sahen durch die Proteste angesichts der sozialen und politischen Missstände in den eigenen Ländern ihre Macht und ihre Interessen in der Region gefährdet und ersannen Gegenstrategien. Unterstützung fanden sie bei ihren westlichen Bündnispartnern, die sich den Zugang zu Rohstoffen, Transportwegen und militärstrategisch wichtigen Gebieten im östlichen Mittelmeerraum sichern wollen. Mit Hilfe des Emirats Katar und Saudi-Arabiens gelang es, die Arabische Liga zu instrumentalisieren. In Libyen wurde militärisch interveniert, in Syrien wurden Kampfverbände und Terrorgruppen vielerlei Couleur unterstützt. Mit groß angelegtem medialen Einsatz wurde Syrien politisch isoliert. Man wollte die im Westen und in den Golfstaaten ungeliebte Führung von Baschar-Al-Assad brechen. Im Verband der „Freunde Syriens“ sollten unter Führung der USA die Interessen der arabischen Staaten gemeinsam durchgesetzt werden, doch jeder dieser regionalen Partner wurde von eigenen Motiven zum Zerstörungskrieg gegen Syrien und Irak angetrieben.

Die Türkei unterstützte massiv Verbände der sunnitischen Muslimbruderschaft, die in Daraa sowie in den Provinzen Idlib und Aleppo ihre traditionelle Präsenz verstärkten, obwohl oder gerade weil diese Organisation in Syrien verboten ist. Waffen, Kämpfer, Medien und humanitäre Hilfe kamen über die Grenze aus der Türkei nach Syrien. Mit dabei waren extremistische Gruppen, die unter dem Banner des Islam Syrien „befreien“ wollten. Säkulare und gewaltlose Oppositionsgruppen waren rasch beiseite gedrängt, die Militarisierung breitete sich aus. Katar setzte ebenfalls auf die Muslimbruderschaft, half aber gleichzeitig extremistischen Salafistenverbänden, die vor allem aus dem Ausland viel Zulauf erhielten. Die prominenteste dieser Gruppen war zunächst die Al-Nusra-Front, die durch brutale Anschläge berüchtigt wurde. Mit großzügiger Entlohnung, guter Bewaffnung und Ausrüstung wurden die extremistischen Einheiten stark. Nach internen Machtkämpfen setzte sich im Osten Syriens der ISIL durch, die vom



Fotos: © Giulio Magnifico

saudischen Geheimdienst gefördert wurde, um den Einfluss der Al-Nusra-Front zurückzudrängen.

Kürzlich räumt US-Vizepräsident Joseph Biden ein, dass sowohl die Türkei als auch Saudi-Arabien und die Golfstaaten an dem Aufbau und der Ausrüstung extremistischer Gruppen wie der Al-Nusra-Front und des ISIL beteiligt waren. Tatkräftige Hilfe dabei gab und gibt es weiterhin von den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und einigen anderen europäischen Staaten. Unter der Führung der USA sollen in Saudi-Arabien sogenannte „moderate Rebellen“ ausgebildet und ausgerüstet werden. Als deren Aufgabe wird offiziell der Kampf gegen die „Barbaren“ des ISIL genannt, tatsächlich sollen sie die souveränen Regierungen in Syrien und Irak schwächen oder stürzen.

Der „Fruchtbare Halbmond“ entlang und zwischen den zwei Strömen Euphrat und Tigris, der Wiege unserer Zivilisation, wird zerstört. Den Flüchtlingen humanitäre Hilfe anzubieten, während gleichzeitig der Transit von Waffen und Kämpfern nach Syrien und Irak geduldet und finanziert wird, ist nicht nur unzureichend sondern auch entwürdigend. Waffen zu liefern, wie kürzlich die Bundesregierung, ist fahrlässig und verlängert den Krieg. Dem Krieg und nicht dem Frieden wird es nutzen, wenn die Bundesregierung in der nordirakischen Stadt Erbil militärische Ausbildungszentren errichtet. Waffen, die aus Saudi-Arabien und Katar an sogenannte „moderate“ Kämpfer in Syrien – über die Türkei – geliefert wurden, landeten in Waffenlagern des selbsternannten „Islamischen Staat im Irak und in der Levante“. Waffen, die von der US-Luftwaffe über Kobanê (arabisch Ain al-Arab) für die kurdischen Selbstverteidigungskräfte abgeworfen wurden, landeten ebenfalls in Stellungen von ISIL.

Vor dem bevorstehenden Winter im Mittleren Osten zeigen UN-Organisationen sich besorgt, dass notwendige Spendengelder für die Versorgung von Millionen Flüchtlingen und Inlandsvertriebenen ausbleiben. Mit 46,61 Millionen Euro bezifferte das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Mitte November 2014 die Summe, die den Hilfswerken fehlt, um rund eine Million syrische und irakische Menschen in Not zu versorgen. Private, staatliche, halbstaatliche und religiöse Hilfsorganisationen werben kurz vor Weihnachten ebenfalls um Spendengelder, um irakische und sy-

rische Flüchtlinge zu versorgen. Doch auch bei der humanitären Hilfe aus den USA, Europa, Saudi-Arabien, Kuwait und den Golfstaaten zeigt sich das Engagement als zweischneidiges Schwert. Alle genannten Staaten und Staatengemeinschaften unterstützen Kampfverbände, die in Syrien den Sturz des dortigen Präsidenten herbeiführen sollen. Mit der einen Hand werden die Kämpfer gefüttert, mit der anderen Hand die Zivilbevölkerung, die vor den Kämpfen flieht. Zusätzlich zu den Kriegsverwüstungen in Syrien, zerstören die seit 2011 wiederholt verschärften und erweiterten Sanktionen die Ökonomie des Landes. 2011 war Syrien zwar ein Entwicklungsland, aber es war schuldenfrei und konnte seine Bevölkerung sicher ernähren. Heute mangelt es an allem.

Einzelforderungen wie beispielsweise die Anerkennung der Autonomiegebiete der syrischen Kurden oder die Einrichtung von „humanitären Korridoren“ zur Versorgung der Zivilbevölkerung verschärfen in der aktuellen Situation den Konflikt und führen zu einer politischen und gesellschaftlichen Spaltung Syriens. Syrien ist ein souveräner Staat und Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. Um den Sturz dieses historischen Kulturlandes zu stoppen, muss der Krieg beendet werden. Die Grenzen – insbesondere die der Türkei – müssen kontrolliert und für Waffen und Kämpfer geschlossen, für Flüchtlinge dagegen geöffnet werden. Notwendig sind eine Unterstützung des UN-Sonderversmittlers für Syrien, Staffan De Mistura, und neue Gespräche, an denen alle Parteien beteiligt werden: die syrische Regierung, Oppositionsgruppen im Land und im Exil, Regionalstaaten und deren internationale Bündnispartner. Letztlich müssen die Syrer im Zuge eines politischen Reform- und Versöhnungsprozesses selbst über ihre Zukunft entscheiden.



Karin Leukefeld
ist freie Journalistin,
Buchautorin
und berichtet
aus Ländern
des Nahen und
Mittleren Ostens.